

Mouvement Ecologique fordert nachhaltige Steuer- und Abgabenreform

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique

- stellt fest, dass die im Jahre 2003 im Auftrag des Mouvement Ecologique erstellte Studie „Eine nachhaltige Steuerreform für Luxemburg - Wege zu einer zukunftsfähigen Umwelt-, Sozial- und Finanzpolitik“ auf breites Interesse in der politischen Öffentlichkeit sowie auch in politischen Kreisen gestoßen ist, u.a. seitens des Premierministers;
 - erinnert daran, dass die in dieser Studie entwickelten Ideen einerseits die **Absicherung der Sozialsysteme** und andererseits eine stärkere **Besteuerung des Verbrauchs von begrenzten Ressourcen** zum Ziel haben, dies unter Berücksichtigung von EU-Vorgaben und Entwicklungen (wie z.B. der Trend zu einer verstärkten Harmonisierung von Steuern/Abgaben);
 - bedauert, dass bis dato - so weit bekannt - **von der Regierung keine Vorarbeiten** im Hinblick auf eine nachhaltige Steuerreform in die Wege geleitet wurden;
 - stellt fest, dass **EU-Vorgaben** (z.B. Wasserrahmen-Richtlinie) bzw. die Verpflichtungen zur **Reduktion von CO2-Emissionen** (z.B. Autosteuer) die Luxemburger Regierung dazu geführt haben, den Ressourcenverbrauch ansatzweise stärker zu besteuern bzw. mit Abgaben zu belegen, dies mit der Absicht einen Lenkungseffekt im Verbraucherverhalten herbei zu führen;
 - stellt fest, dass in Ermangelung eines Gesamtkonzeptes, bei diesen punktuellen Maßnahmen ein gewisses **Akzeptanzproblem** entstanden ist, besonders aus der Sicht der Kostengerechtigkeit aller VerbraucherInnen sowie was die Auswirkungen auf sozial schwache Schichten anbelangt;
 - erkennt einerseits die Probleme an, die dadurch im Besonderen aus sozialpolitischer Sicht entstehen könnten, betont jedoch andererseits die Notwendigkeit einer noch konsequenteren Besteuerung des Ressourcenverbrauches;
-
- fordert, dass im Vorfeld einer stärkeren Besteuerung oder Erhöhung von Abgaben notwendige Alternativen für den Verbraucher u.a. durch entsprechende **Angebote bzw. Anreize** (Mobilität,rationelle Energienutzung...) gefördert werden und u.a. die Beratung entsprechend ausgebaut wird;
 - ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass die **langfristige Sicherstellung unseres Sozialsystems und die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung** eine nachhaltige Steuerreform erfordern;
 - betont, dass die „**Preiswahrheit**“ elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Budgetpolitik sein und der **Lenkungseffekt der Ressourcenbesteuerung** erhalten bleiben muss, als Grundlage einer nachhaltigen Politik;
 - sieht es als unerlässlich an, dass **soziale Auswirkungen**, u.a. über Maßnahmen der Sozialpolitik, gezielt **kompensiert** werden müssen;
 - fordert eine breite Diskussion über die Grundprinzipien einer **einkommensneutralen, gerechten, sozialverträglichen und zukunftsorientierten Steuer- und Abgabenreform**, dies mit allen Akteuren (u.a. auch den Arbeitnehmern und Arbeitgebern);
 - **fordert die politischen Parteien, die Regierung und vor allem die Minister für Budget- und Finanzen auf, umgehend eine Analyse für eine nachhaltige Steuerreform in Auftrag zu geben.**